

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

61. Sitzung
15. Dezember 2025

Beginn: 14.04 Uhr
Schluss: 15.54 Uhr
Vorsitz: Olaf Schenk (CDU), amtierender Vorsitzender

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Olaf Schenk: Dann kommen wir zu

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Gigabitstrategie – 5G und Glasfaserausbau
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0231](#)
WiEnBe

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Punkt der Tagesordnung darf ich auch Herrn Askar von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, den Leiter des Referats III B – Digitalisierung, Mobilität

und Gesundheitswirtschaft –, begrüßen, der uns gegebenenfalls für Fragen zur Verfügung stehen wird. Herzlich willkommen!

Als Anzuhörende begrüßen wir ganz herzlich als Ersten Herrn Matthias Konen, Beauftragter für die Landespolitik in Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt bei der Deutschen Telekom AG, und als weiteren Anzuhörenden Herrn Bezirksbürgermeister Oliver Igel, Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Bürgerdienste, Personal, Finanzen, Immobilien und Wirtschaft vom Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin. Ihnen ein herzliches Willkommen! Danke, dass Sie sich die Zeit nehmen!

Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls nach § 26 Absatz 7 Satz 4 der Geschäftsordnung beantragt wird. Besteht darüber Einvernehmen? – Das ist der Fall. Dann verfahren wir so.

Dann kommen wir zur Begründung des Besprechungsbedarfs durch die Fraktion der CDU oder die Fraktion der SPD. Wer möchte das übernehmen? – Die Fraktion der CDU. – Bitte sehr!

Lucas Schaal (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Für uns als Koalition ist es offensichtlich, dass wir über dieses Thema mal wieder sprechen müssen. Die Breitbandversorgung, der Glasfaserausbau in Deutschland ist ein Fundament, das wir brauchen, nicht nur für das gesellschaftliche Zusammenleben, sondern auch für das Wirtschaften. Es ist inzwischen eine Ressource, die von der Bevölkerung in vielen Teilen Deutschlands als selbstverständlich wahrgenommen wird, und es wird gewünscht, einen schnellen, ruckelfreien Zugang zum Internet zu haben.

Wir als Land haben in den letzten Jahren Fortschritte dabei gemacht, insbesondere was die Erreichbarkeit von Haushalten anbelangt. Was den finalen Anschluss der Haushalte anbelangt, sehen wir schon noch ein gewisses Potenzial und vor allen Dingen auch noch einen Handlungsbedarf. Wir kommen im Laufe der Anhörung sicherlich noch dazu. Ich persönlich sehe den Handlungsbedarf vor allen Dingen auch noch bei den landeseigenen Betrieben. Wir sollten darüber diskutieren, ob wir wirklich an allen Stellen die Leistung schon bis in die Wohnung selbst hinbekommen. Das scheint mir noch nicht ausreichend der Fall zu sein, deswegen wollen wir gemeinsam mit Ihnen darüber diskutieren. Wir freuen uns, dass Sie uns dafür mit Ihrer Expertise zur Verfügung stehen und dass wir als Fraktionen in diesem Ausschuss gemeinsam darüber sprechen können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Olaf Schenk: Vielen Dank! – Möchte der Senat eine einleitende Stellungnahme geben? – Bitte sehr!

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Vielen Dank! – Es ist völlig klar: Schnelles Internet ist für unsere Wirtschaft essenziell, das heißt, alles, was wir an Innovationsfähigkeiten in der Stadt haben, die Start-ups, die Techfirmen und auch die Kreativbranche, braucht schnelles Internet. Für uns ist ganz klar gewesen, dass die Gigabitstrategie, die 2021 noch vom Senat unter Michael Müller verabschiedet worden ist, natürlich sowohl in der rot-grünen Koalition als auch in der schwarz-roten Koalition weitergeführt wird, dass wir das entsprechend umsetzen. Wir sind wirklich auf einem extrem guten Weg, weil wir es geschafft

haben, beim Thema Breitband und 5G nahezu flächendeckend zu sein. Bei 5G sind es 99,96 Prozent, und bei der Frage von Gigabit sind es auch weit über 90 Prozent.

Wir haben jetzt als ganz großen Fokus natürlich das Thema Glasfaser, weil Glasfaser das Internet der Zukunft ist, das ist die extrem schnelle Internetversorgung für alle Haushalte und Unternehmen. Man kann sagen, dass wir bei den anderen beiden Themen mit Gigabit 97 Prozent und 5G-Mobilfunk quasi bei 100 Prozent in der Vollabdeckung sind. Als wir mit der Gigabitstrategie begonnen haben, war das mit der Glasfaser einstellig, 2021. Als ich als Wirtschaftssenatorin begonnen habe, waren es 2023 17 Prozent Glasfaser in Berlin, und wir sind jetzt bei weit über 40 Prozent. Das heißt, da ist in den letzten zwei Jahren wirklich viel passiert. Das ist für uns auch Ansporn, hier nach vorne zu kommen. Wir haben das Ziel, dass wir bis 2028 bei 100 Prozent Abdeckung sind. Das bedeutet, dass wir wirklich massiv zusammenarbeiten, um das hinzubekommen. Oliver Igel ist hier, er ist ein ganz wichtiger Partner beim Runden Tisch für die Gigabitstrategie. Wir haben eine Strategierunde, wo wir mit unseren Telekommunikationspartnern zusammenarbeiten, aber auch mit den Bezirken, die extrem wichtig für jede Form von Straßennutzung und letztendlich für die Glasfaserkabelverlegung sind.

Wir treffen uns sehr regelmäßig, um genau über die nächsten Schritte für den Ausbau zu sprechen und auch Hürden abzubauen. Eine der wichtigsten abgebauten Hürden ist tatsächlich, dass wir es geschafft haben, das Verfahren komplett durchzudigitalisieren. Wir haben auch gesagt, bei den kleinen Eingriffen ins Straßenland unter 100 Quadratmeter – das ist der Teil, wo sie das Glasfaserkabel an einer Stelle in den Boden reinschießen, und es kommt an einer anderen Stelle wieder raus, das ist eine sehr minimalinvasive Geschichte – wollen wir kein großes Genehmigungsverfahren mehr, sondern es gibt nur noch ein Anzeigeverfahren. Wir haben die Bezirke mit zusätzlichem Personal ausgestattet, arbeiten eng mit unseren Telekommunikationsunternehmen und haben dafür gesorgt, dass die Mittel da sind, um dieses ganze digitale Verfahren umzusetzen. Und wir haben den Gigabit-Monitor geschaffen, wo wir möglich machen, dass jeder zu jeder Zeit für seinen Kiez, seinen Bezirk nachschauen kann: Wo stehen wir eigentlich? Wie ist der Ausbaustand? Ist der schon erfolgt? Ist der geplant? Wann ist er geplant? Wann ist der eigene Kiez dran?

Wir haben damit erreicht, dass wir in dieser Art und Weise einen Schub in den Ausbau bekommen konnten, durch Vereinfachung, Entbürokratisierung, Digitalisierung, Personalausstattung und Kooperation. Das ist ein großer Erfolg, und darauf bin ich auch sehr stolz, weil wir damit nämlich Vorreiter sind, auch im Bundesgebiet. Berlin war das erste Bundesland, das solch ein digitales Verfahren tatsächlich einbezogen hat. Diese Frage von Glasfaser auf der einen Seite und Gigabit auf der anderen Seite bringt uns wirklich in eine Spitzenposition. Bei Gigabit liegen wir mit 96 Prozent auf Platz 3 über dem Bundesdurchschnitt. Ich sage nur mal: Der Bundesdurchschnitt sind 78 Prozent. Wir sind bei 96 Prozent bei Gigabit. Wie gesagt, auch bei Glasfaser sind wir sehr weit vorne.

Wir sehen bei Glasfaser, dass es Unterschiede gibt, in welchem Gebiet man ist, natürlich. Die privaten Telekommunikationsanbieter gehen erst mal dahin und verlegen dort ihre Glasfaserleitungen, wo es sich am meisten für sie lohnt, wo sie einen großen Abnehmerkreis haben und wo das auch sehr rentabel ist. Das führt dazu, dass wir einige weiße Flecken in der Stadt haben, wo der Glasfaserausbau nicht so schnell stattfindet, wie wir uns das wünschen würden. Deswegen haben wir gesagt, wir wollen ein Förderprogramm, das genau diese weißen Fle-

cken adressiert. Wir sehen über den Gigabit-Monitor, wo unsere Kiezlücken sind, wo wir also Versorgungslücken haben, und wir haben gesagt, wir gehen da ganz gezielt rein. Dieses Förderprogramm geht auf die am schwächsten ausgestatteten Gebiete. Das sind vier Bezirke und zehn Ortsteile. Ich kann die einmal kurz nennen: Wir reden über Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf, Reinickendorf und Neukölln. Natürlich sind das die Außenbezirke, weil dort, wo nicht so viel Besiedelung ist oder wo man vielleicht nicht so viele attraktive Wirtschaftsunternehmen hat, die privaten Telekommunikationsunternehmen nicht als Erstes hingehen. Die Ortsteile, die wir also fördern, sind Schmöckwitz, Müggelheim, Köpenick, Rahnsdorf, Biesdorf, Mahlsdorf, Tegel, Lübars und Britz. Hier soll es darum gehen, dass zusätzliche Anreize geschaffen werden, damit dort auch der flächendeckende Ausbau passiert. Für uns ist natürlich die Anbindung der Industriegebiete, der Gewerbegebiete extrem zentral, weil wir sehen, dass die Gewerbetreibenden das auch dringend brauchen. Wir wollen aber auch hier festhalten, dass in den Gewerbegebieten bereits 82 Prozent über mindestens einen Glasfaseranschluss am Adresspunkt verfügen, wir sind also auch da schon mal weiter als der Schnitt und werden uns auf die 100 Prozent zubewegen.

Wenn wir uns anschauen, wie der Bundesschnitt beim Thema Glasfaserversorgung aussieht, dann liegt dieser bei 36 Prozent, das heißt, dass wir mit 44,6 Prozent – also rund 45 Prozent Glasfaser in Berlin – schon heute deutlich über dem Bundesschnitt liegen. Man kann also schon sagen, dass die Internetversorgung hier in unserer Stadt exorbitant gut ist und dass wir weiter daran arbeiten, auch noch die Glasfaserabdeckung hinzubekommen, sodass wir wirklich 2028, in drei Jahren, sagen können, alle Haushalte, alle Unternehmen dieser Stadt sind mit 5G, Gigabit und Glasfaser entsprechend ausgestattet und verfügen über die Zukunftsinfrastruktur, die sie brauchen, um auch künftig wettbewerbsfähig zu sein. Das ist für uns ein ganz großer Anspruch. Das heißt also, wir können diese Spitzenposition im Ländervergleich weiter halten. Wir wollen weiter über dem Bundesschnitt liegen, und wir wollen durch Vereinfachung, Digitalisierung, Zusammenarbeit, Vernetzung und auch die enge Kooperation mit den Telekommunikationsunternehmen, insbesondere wenn es um die weißen Flecken geht, mit Förderanreizen entsprechend die noch offenen Stellen füllen. Wir machen das sehr transparent. Wenn Sie bei Google einfach mal Gigabit-Monitor Berlin eingeben, können Sie da ganz leicht draufgehen und für sich, für Ihren eigenen Kiez, für Ihren eigenen Ortsteil im Bezirk schauen: Wo stehen wir da?

Insofern ist die Gigabitstrategie 2021 etwas, was zwei Regierungen vor uns beschlossen worden ist, was wir aber jetzt in dieser Legislatur von 2021 bis 2023 und auch von 2023 bis 2026 sehr intensiv umsetzen. Wir haben damit wirklich bahnbrechende Erfolge erzielt, das muss man sagen. Wir sind damit führend im Bundesgebiet. – So viel vielleicht zur Einführung.

Vorsitzender Olaf Schenk: Vielen Dank für die einleitende Stellungnahme! – Wir kommen zur Anhörung und beginnen mit den Stellungnahmen der Anzuhörenden. Danach folgt eine Runde, in der die Ausschussmitglieder Fragen stellen können. Im Anschluss daran haben Sie nochmals die Gelegenheit, diese Fragen zu beantworten. – Wir starten in alphabetischer Reihenfolge, das heißt, Herr Igel darf anfangen, danach folgt Herr Konen. Sie haben circa fünf Minuten Zeit. Sie haben vor sich eine Uhr, die Ihnen ein bisschen Orientierung gibt. Ich bitte Sie, die Zeit halbwegs einzuhalten. Vielen Dank! – Damit haben Sie jetzt das Wort, Herr Igel.

Bezirksbürgermeister Oliver Igel (BA Treptow-Köpenick): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Senatorin! Herr

Staatssekretär! Vielen herzlichen Dank für die Einladung! Auch vielen herzlichen Dank dafür, dass Sie dieses Thema hier auf die Tagesordnung setzen und auch die Möglichkeit eröffnen, dass ich als Vertreter des Bezirks – ich bin in der Tat im Lenkungsgremium für die Gigabitstrategie für die Berliner Bezirke vertreten – das hier heute darstellen darf! Ich möchte drei Perspektiven einnehmen, einmal die Perspektive der Straßen- und Grünflächenämter der Bezirke, dann will ich mich den Telekommunikationsunternehmen nähern und schließlich auch die Bevölkerungsperspektive einnehmen.

Erstens: Natürlich freuen wir uns über den enormen Fortschritt, der mit der Glasfasertechnologie verbunden ist, und über die Vorteile, die sich für die Bevölkerung ergeben. Gleichzeitig wissen wir, dass dafür, jedenfalls bisher, erhebliche Anstrengungen auch auf die Straßen- und Grünflächenämter zukommen könnten, wenn umfangreiche Genehmigungsprozesse erforderlich wären, und das in einer Situation, wo die Straßen- und Grünflächenämter bereits erheblich überlastet sind. Deshalb gab es von Anfang an im Rahmen der Strategie umfangreiche Gespräche, wie eine Entlastung erfolgen kann. Die Senatorin hat das gerade dargestellt: Es ist sowohl gelungen, vereinfachte Verfahren, digitalisierte Verfahren einzuführen, also überhaupt Bürokratieabbau an dieser Stelle umzusetzen, und schließlich auch eine deutliche Steigerung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Straßen- und Grünflächenämtern zu erreichen, die in diesen Angelegenheiten beschäftigt sind. Das ist durch eine Zielvereinbarung gelungen, die mit dem Senat abgeschlossen und von den Bezirken unterzeichnet wurde. In dieser Zielvereinbarung wurden zusätzliche Personalmittel zur Verfügung gestellt, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Straßen- und Grünflächenämtern konnten eingesetzt werden. Ich kann für unseren Bezirk sagen, dass wir die Zahl der damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verdoppeln konnten, und wir konnten damit einer gewissen Vervierfachung an Antragszahlen Herr werden. Sie werden deshalb auch relativ wenige Klagen aus den Straßen- und Grünflächenämtern hören, weil es gelungen ist, diesen Prozess rechtzeitig aufzusetzen.

Wir arbeiten auch sehr eng und intensiv mit den Telekommunikationsunternehmen zusammen. Das sind sehr viele, die sind auch im Lenungskreis vertreten, es gibt aber auch noch weitere Unternehmen. Wir haben allen Unternehmen jeweils, jedenfalls für unseren Bezirk, angeboten, dass wir intensive Auftaktgespräche, Strategiegelgespräche führen: Wo wollen sie aktiv werden? Was sind die Anforderungen, die beispielsweise das bezirkliche Straßen- und Grünflächenamt stellt? – Da gibt es natürlich auch viele Sorgen. Wenn Sie sich vorstellen: Bei uns im Bezirk haben wir 700 Kilometer öffentliches Straßenland, vermutlich wird jeder einzelne Meter davon mal aufgegraben werden. Wie passiert das? Wie wird das wieder zurückgelassen? Gibt es dann eine Verbesserung oder zumindest keine Verschlechterung? – Das sind alles Sorgen, natürlich auch die Fragen: Wird das mit der Bevölkerung kommuniziert? Werden die Menschen durch solche Baustellen überrascht, oder sind die vielleicht frühmorgens aufgebaut und abends wieder weg, und keiner merkt so richtig was?

Das versuchen wir, sehr intensiv mit den Unternehmen zu besprechen. Die Unternehmen sind dazu auch bereit. Dafür ein herzliches Dankeschön vielleicht hier stellvertretend an die Telekom als ein Beispiel davon! Wir sagen den Unternehmen aber auch – deswegen bin ich ganz dankbar, dass ich als Vertreter eines Außenbezirks in diesem Lenkungsgremium bin –, wir möchten nicht, dass der Glasfaserausbau nur in der Innenstadt, sondern tatsächlich flächendeckend passiert, auch in Gebieten, von denen Sie, liebe Abgeordnete, noch nie etwas gehört haben in dieser Stadt. Auch in dörflichen Lagen erwarten wir, dass es dort Glasfaser gibt. Da gibt es nicht nur Milchkanen, da gibt es noch viel mehr. Wir möchten, dass dort auch etwas

ankommt. Deswegen ist das in meinen Gesprächen immer eine entsprechende Thematik, dass ich einen Ortsteil nenne, den ich auch gerne angeschlossen gesehen haben möchte.

Letzter Punkt, Bevölkerung: Ja, es ist teilweise in der Bevölkerung angekommen, dass Glasfaser einen Fortschritt bedeutet. Aber wenn es darum geht, dass beispielsweise auch vertragliche Verpflichtungen eingegangen werden müssen, dann entsteht doch eine ganze Reihe von Fragen. Es gibt auch die Fragen: Darf ich mit jedem Unternehmen, oder kann ich mich auch an ein anderes Unternehmen wenden? –, und so weiter. Es gibt viele Unsicherheiten, die damit einhergehen. Da ist sehr viel Kommunikation notwendig, nicht nur von den Unternehmen, sondern auch von uns als öffentlicher Hand. Deswegen finde ich es gut, dass Sie diese Anhörung hier machen, weil es wichtig ist, dass Sie in der Bevölkerung darstellen, welche Vorteile es hat, wie wichtig es für die Zukunft ist. Es geht nicht nur darum, dass wir zu Hause ein bisschen auf dem Handy spielen, sondern dass es auch noch andere Möglichkeiten und Notwendigkeiten gibt, für die diese Technologie ein erheblicher Fortschritt ist und die dann zu einem Ausbau führen muss. Dafür ist noch Kommunikation mit der Bevölkerung notwendig, und das sollte auf allen Ebenen gemacht werden.

Schließlich herzlichen Dank auch für die Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung! Die war immer sehr eng, sowohl im Lenkungskreis als auch darüber hinaus haben wir sehr viel Beratung bekommen. Ich denke, dass damit schon ein wesentlicher Fortschritt erreicht ist, aber wir werden das, denke ich, in Berlin sehr gut schaffen, dass wir das Glasfasernetz sehr deutlich und tatsächlich am besten zu 100 Prozent ausgebaut haben werden. – Danke schön!

Vorsitzender Olaf Schenk: Vielen Dank, Herr Igel! – Dann, bitte schön, jetzt Herr Konen!

Matthias Konen (Deutsche Telekom AG): Vielen Dank, sehr geehrter Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Frau Senatorin! Herr Staatssekretär! Liebe Abgeordnete! Im Namen der Deutschen Telekom bedanke ich mich dafür, heute hier sprechen zu dürfen.

Die Deutsche Telekom hat Berlin gewissermaßen auserkoren, das größte zusammenhängende Ausbaugebiet in ganz Deutschland zu sein. Wir haben uns vorgenommen, bis 2030 2 Millionen Glasfaseranschlüsse in Berlin zu bauen, und sind dadurch auch im Lenkungskreis der Gigabitstrategie der größte Strategiepartner. Wir beschäftigen in Berlin dafür um die 5 000 Mitarbeiter und haben seit einem Jahrzehnt erhebliche eigenwirtschaftliche Investitionen getätigt, um diesen Ausbau vorantreiben zu können.

Ich möchte Ihnen gerne drei Kernbotschaften mitgeben, die insbesondere für Berlin gelten. Wir haben vorhin schon oft gehört, dass wir viel über die Kooperation geredet haben, mit der Senatsverwaltung, mit den Bezirken. Deswegen freue ich mich auch, dass Herr Igel heute da ist, denn es ist sehr wichtig, dass der Austausch institutionalisiert und auch wirklich in beiderseitigem Interesse läuft. Denn der Ausbaufortschritt – das gilt, glaube ich, nicht nur für die Deutsche Telekom – steht und fällt damit, wie gut ein Bezirksamt sich um dieses Thema kümmert beziehungsweise wie groß das Interesse daran ist. In den allermeisten Bezirksämtern ist es sehr gut, unter anderem in Treptow-Köpenick, es ist aber nicht in jedem so gut. Deswegen ist es uns immer sehr wichtig, dass wir dort in den Dialog gehen, dass wir auch dafür sensibilisieren, warum wir gewisse Dinge tun, warum wir gewisse Anträge stellen, auf der anderen Seite, damit wir verstehen, warum gewisse Anträge vielleicht auch abgelehnt werden. Ich kann aus Erfahrung sagen: Wenn die Offenheit besteht, in den Dialog mit uns zu treten, dann

nimmt das ein gutes Ende. Es ist für uns sehr wichtig, dass wir diesen Austausch auch weiterhin haben, auch im Rahmen der Gigabitstrategie, aber auch mit den jeweiligen Bezirksämtern.

Der zweite Punkt, den Herr Igel gerade schon angesprochen hat, ist das Thema Akzeptanz für Glasfaser in der Bevölkerung. Ja, es ist so, dass wir in Deutschland über 200 glasfaserausbauende Unternehmen haben, es gibt also eine Investitionsdynamik, die spiegelt sich aber bislang noch nicht in der sogenannten Take-up-Rate wider, wie viele Anschlüsse dann tatsächlich vertraglich gebucht werden. Die liegt bundesweit gerade bei circa 30 Prozent. Deswegen gibt es die einen oder anderen Unternehmen, die etwas Druck verspüren, und deswegen ist das Thema Akzeptanz sehr wichtig. Man muss die Leute nicht dazu zwingen, aber man sollte sie schon dafür begeistern, einen Glasfaseranschluss bei einem verfügbaren Anbieter zu buchen. Mittel dafür können sein, dass man eine Glasfaserkampagne macht, wie es die Senatsverwaltung getan hat, wie es gerade auch auf der Bundesebene passiert. Dadurch macht man den Leuten klar: Jetzt gerade braucht ihr es vielleicht nicht, aber der Infrastrukturausbau dauert sehr lange, und es wird der Zeitpunkt kommen, wo ihr es einfach braucht, insbesondere wenn man Kinder im Haus hat.

Dann der dritte Punkt, der für Berlin sehr wichtig ist: Es wurde vorhin schon angesprochen, dass das Ausbaupotenzial in den Wohnungen durchaus noch vorhanden ist. Wenn man sich überlegt, dass Berlin 84 Prozent Mietwohnungen hat und die allermeisten Berliner in Mietwohnungen leben, haben wir nach wie vor – das geht nicht nur uns so – noch die Herausforderung, dass wir die Glasfaserkabel, die bereits an der Straße liegen, auch in das Gebäude bekommen. Bislang ist es so, dass man eine Gestattung des Eigentümers braucht, der Eigentümer diese Gestattung aber häufig nicht gibt, aus unterschiedlichen Gründen.

Als jemand, der in Treptow-Köpenick wohnt und selber schon das Glasfaserkabel vor der Haustür hat und es gerne haben möchte, passenderweise von der Telekom, kann ich das leider momentan nicht haben, weil der Eigentümer sich weigert. Die Bedenken sind zum Beispiel: Sie haben Angst, dass im Innenhausbau etwas demoliert wird und so weiter, was nicht der Fall ist, Glasfaserkabel lassen sich, je nach Gebäudegröße in ein, zwei bis drei Tagen im Haus innen verlegen. Auf der anderen Seite geht es häufig darum, dass die eine oder andere Wohnungswirtschaft bestehende Vertragsmodelle mit bestehenden Kooperationspartnern schützen möchte und nicht so sehr an Glasfaser interessiert ist beziehungsweise den eigenen Ausbau von Glasfaser deutlich später vorantreibt, als wir und auch die Wettbewerber es tun. Am Ende vom Tag läuft es darauf hinaus, dass Sie dann keinen Glasfaseranschluss zur Verfügung haben, obwohl das Kabel bereits vor der Tür liegt. Das ist global gesehen der größte Hemmschuh bei diesem Thema. Das gilt nicht nur für Berlin, das gilt deutschlandweit. In Berlin ist es nur besonders relevant, weil wir hier sehr viele Mietwohnungen haben.

Wir hoffen, dass wir in den gerade laufenden Novellierungen der TKG-Novelle, des Telekommunikationsgesetzes, einen Durchbruch zum Vollausbau erlangen können, denn das würde nicht nur uns, sondern allen anderen Wettbewerbern sehr dabei helfen, die Gigabitziele, die Glasfaserziele in Berlin, in den anderen Bundesländern, aber auch bundesweit zu erreichen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Olaf Schenk: Das war eine Punktlandung. Vielen Dank für Ihr Statement! – Wir kommen jetzt zur Aussprache. – Als Ersten habe ich Herrn Wapler auf der Liste.

Christoph Wapler (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Durchaus vielen Dank an die Koalition, dass wir dieses wichtige Thema hier heute besprechen! Die Gigabitstrategie, das hat die Frau Senatorin richtig gesagt, geht noch auf 2021 zurück. Unter Federführung von Ramona Pop wurde das damals noch aufgesetzt. Ja, da sollte auch eine 5G-Mobilfunkversorgung bis 2025 flächendeckend erreicht werden. Insofern sind wir im Plan. Dazu gehört aber eben auch eine flächendeckende Versorgung mit Glasfaser. Da können wir tatsächlich über die Quoten, die erreicht sind, diskutieren. Es ist ja ein Teil des Phänomens, dass die Gigabitstrategie damals die Entscheidung getroffen hat, dass wir auf einem marktgetriebenen wirtschaftlichen Ausbau durch die Telekommunikationsunternehmen setzen. Das ist eben damals so entschieden worden. Es ist die Frage, ob tatsächlich 44 Prozent so gut sind, im deutschlandweiten Vergleich sicherlich, im internationalen Vergleich würde ich daran mal noch ein großes Fragezeichen setzen. Richtig ist, der Glasfaserausbau ist zentral für die wirtschaftliche Entwicklung, für die digitale Transformation. Wir sehen auch wohl gemeinsam, dass gerade in den Außenbezirken noch erheblicher Nachbesserungsbedarf besteht. Deswegen ist es gut, dass wir heute mal besprechen, was sich in den letzten Jahren in Berlin getan hat.

Ich würde jetzt meine Fragen erst mal an die Anzuhörenden richten und hoffe, dass wir dann noch Gelegenheit für eine Fragerunde an den Senat haben werden. Die Senatorin hat auch gesagt, die Genehmigungsverfahren sind digitalisiert. Dass bei den Genehmigungen alles Friede, Freude, Eierkuchen ist, Herr Igel, glaube ich noch nicht. Vielleicht können Sie sagen, wo Sie noch Hindernisse im Genehmigungsverfahren sehen. Sie haben sich zu den personellen Ressourcen, die Ihnen zur Verfügung gestellt worden sind, zufrieden geäußert. Das hören wir hier von Bezirken nicht oft, dass es da keine Klagen gibt. Vielleicht können Sie noch sagen, welche weitere Unterstützung Sie vom Senat erwarten, benötigen oder sich wünschen.

Ich habe noch eine Frage zu diesem Phänomen Überbau, also dass es tatsächlich immer wieder zu Mehrfachaufbrüchen im Straßenland kommt, die die Anwohnerinnen und Anwohner vor Herausforderungen stellen. Wo liegen da Ihrer Meinung nach die Ursachen, bei Ihnen, beim Senat, bei den Netzbetreibern? Wer muss sich da bewegen? Wer muss sich da besser koordinieren, damit es weniger Mehrfachausbau und mehr Ausbau in noch unterversorgten Gebieten gibt? Ich weiß nicht, ob Sie Gebiete konkret benannt haben, in denen bisher kein marktgetriebener Glasfaserausbau erfolgt ist und die dann für eine Förderung in Betracht kämen. Vielleicht können Sie noch genauer sagen, auf welchen Gebieten Ihr Fokus liegt.

An die Telekom: Vielleicht können Sie noch mal sagen, wie Ihre Priorisierung aussieht, die eigenwirtschaftliche Priorisierung bei den Berliner Stadtteilen, und inwieweit Sie die Erwartung des Senats nach einem flächendeckenden Ausbau einbeziehen. Sie haben das TKG angesprochen. Gibt es sonst noch rechtliche, regulatorische Änderungen auch vom Land Berlin, die wir hier ins Werk setzen könnten, um den Glasfaserausbau noch mal zu beschleunigen? Sie haben eine Art Zeitplan genannt und wie viele Anschlüsse Sie noch herstellen wollen. Wie verbindlich ist das? Welche Vereinbarungen treffen Sie mit dem Berliner Senat, was Ihre Ausbauprojekte und den weiteren Fortschritt angeht? – Das wäre es erst mal von meiner Seite. Ich hoffe, wir haben dann noch die Möglichkeit, Fragen an den Senat zu richten.

Vorsitzender Olaf Schenk: Vielen Dank, Herr Wapler! – Als Nächste Frau Wolff, bitte!

Dunja Wolff (SPD): Vielen herzlichen Dank! – Erst mal muss ich sagen, ich finde die Nachricht sehr gut, dass wir so schnell vorangekommen sind. Auch wenn es in Gang gesetzt wur-

de, braucht es erst mal einen Push. Ich finde, der ist wirklich gekommen. Das muss man einfach so sagen. Dieser Ausbau ist schon gewaltig. Man denkt immer, in Berlin kann es nicht funktionieren, aber es kann eben auch in Berlin funktionieren. Das ist, glaube ich, eine ganz wichtige Botschaft. Was ich sehr wichtig und richtig gut finden würde, das haben Sie vorhin auch gesagt, Frau Senatorin Giffey, Sie haben gesagt, dass auch die Informationen eigentlich gut einzuholen und heute im Internet für jeden einsehbar sind. Vielleicht ist das eine Anregung, dass man genau diesen Hinweis noch viel mehr rausgeben kann.

Da kann ich sagen, in Treptow-Köpenick gab es auch einen Brief vom Bezirk an Bürgerinnen und Bürger, sich über den Ausbau zu informieren, dass man diesen Ausbau vorantreiben möchte. Vielleicht ist im nächsten Brief sozusagen auch für alle Bezirke anregend, dass man eben darauf hinweist, wo man sich erkundigen kann, wo man sehen kann, dass es diese berühmten weißen Flecken gibt. Der Vorteil bei mir als Abgeordnete ist, ich komme genau aus solcher dörflichen Ecke. Also es gibt schon Abgeordnete, die so was kennen. Insofern kann ich auch sagen, da wäre noch eine Frage an Herrn Igel, inwieweit eine Zusammenarbeit eventuell mit Brandenburg interessant ist. Auf mich sind natürlich auch Bürgermeisterinnen und Bürgermeister beziehungsweise damals auch sogar Bundestagsabgeordnete zugegangen und haben gesagt, also Schöneiche hat in der Tat auch ein Problem. Ich nehme das jetzt natürlich nur als Beispiel. Man hatte auch versucht, sogar eine Anlage wohl auf dem S-Bahnhof zum Beispiel in Rahnsdorf zu installieren, übrigens auch Antennenausbau. Ich weiß von Herrn Konen, Sie hatten das auch mal erwähnt, dass es wirklich ein Problem ist, manchmal diesen Antennenausbau voranzutreiben. Vielleicht können Sie noch genau sagen, was es da vor Ort genauer braucht. Ist es nur das Straßen- und Grünflächenamt, oder sind es auch die Forsten oder was weiß ich? Also auch die Standorte, zum Beispiel ein Bahnhof, sage ich jetzt mal, das ist ja vielleicht gerade in den Randbezirken rundherum um Berlin nicht so ganz unwichtig, sich da vielleicht auch mit Brandenburg zu verständigen.

Ich muss auch dazu sagen, wir wissen alle, dass die Berliner Bevölkerung nicht unbedingt die jüngste ist. Wir hoffen, dass sie sich auch immer wieder natürlich in ihren Generationen und demnächst vielleicht noch wieder verändern wird, indem sich alles noch mehr ausgleichen würde, das würde natürlich erfreulich sein. Nichtsdestotrotz haben wir sehr viele ältere Menschen, die in dieser digitalisierten Welt nicht so ganz hinterherkommen. Die Einsicht, was dieser Brief eigentlich für mich in meinem Haushalt bedeutet – – Heißt das eigentlich auch für mich, dass ich demnächst höhere Betriebskosten habe? Nicht ganz unwichtig! Denn die Eigentümer dieser Häuser legen alles, was sie Geld kostet, auf diese Mieterinnen und Mieter um. Ich kann nur aus vielen Erfahrungen, die ich gerade von Mieterinnen und Mietern mitnehme, sagen, ich weiß nicht, ob man Mieten zu erhöhen versucht, indem man die Betriebskosten erhöht, eigentlich geht das ja nicht, aber anscheinend gibt es irgendwelche merkwürdigen Vorgänge. Ich kann nur sagen, das im Hinterkopf zu haben, ist vielleicht nicht so ganz unwichtig, auch wenn es diese Informationen gibt. Das würde mich mal interessieren, inwieweit dann Kosten letztendlich auch auf die Eigentümer übergehen und inwieweit die das dann wahrscheinlich umlegen müssen. Sie haben gesagt, das Kabel ist gelegt, aber Sie kommen halt nicht bis in die Wohnungen, es kommt noch nicht an. Also die Frage ist eben: Was ist denn da die Konsequenz? Was müsste da vielleicht noch gemacht werden?

Eine Frage ist für mich nicht ganz unwichtig. Herr Fischer, Sie haben mich immer viel informiert, wir haben uns viel ausgetauscht, natürlich auch zu dem Thema. Was hat das eigentlich, wenn das Netz ausfällt – – Ich habe keinen Strom mehr. Also was ist, wenn das Netz aus-

fällt? Was passiert dann eigentlich? Also was ist die Konsequenz, wenn ein Netz ausfällt? Ich sage das jetzt mal so ganz pauschal, das passiert, das ist auch schon passiert, aber es ist im Notfall ein echtes Problem, und zwar für alle. Also gibt es eine Art Notfallszenario? Haben wir das mit im Kopf? Ist das in Berlin irgendwie mit hinterlegt? Wir wissen auch, dass es eine Umstellung geben soll, soweit ich weiß, 2030 auf 6G. Ist das eigentlich in dieser intensiven Vorbereitung schon mitgedacht worden? Das würde mich natürlich unendlich freuen. – Das wäre es erst mal von meiner Seite. – Danke!

Vorsitzender Olaf Schenk: Vielen Dank, Frau Wolff! – Dann Herr Schaal, bitte!

Lucas Schaal (CDU): Wunderbar! – Ich hatte das Thema ja schon angekündigt, und Sie sind schon zum Teil darauf eingegangen, dass es mit den Eigentümern da manchmal mit dem Ausbau noch Probleme gibt. Ich bin ganz konkret hier Abgeordneter für den Wahlkreis Berlin-Mitte, das heißt, auch in den Bereichen Fischerinsel, Leipziger Straße, wo wir viel alten Wohnungsbestand haben, den die WBM managt, also ein Unternehmen, das uns allen gehört, wurde ich von Bürgern angesprochen, dass da der Ausbau sozusagen ready to home, also der Glasfaserausbau in die Wohnungen einfach stockt. Die Probleme, die mir immer wieder geschildert werden, sind die: Es ist nett, dass das hier bei uns in der Straße angekommen ist, es hilft uns aber nicht; wenn wir die letzten Meter in die Wohnung hinein noch das alte Kupferkabel liegen haben, dann flackert alles trotzdem noch, und ich kann kein Homeoffice zu Hause sinnvoll machen, sagen mir Bürger im Jahr 2025, wahrscheinlich auch noch im Jahr 2026. Das ist ehrlicherweise ein sehr trauriger Befund.

Von daher die Frage an Sie, Herr Konen, ganz konkret: Woran scheitert dieser letzte Ausbau Ihrer Meinung nach? Was können wir dort noch tun, um das zu unterstützen, dass es vorangeht? – Vielleicht an Herrn Igel die Frage: Wie funktioniert das in Ihrem Bezirk mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften? – An den Senat: Wie sind da die Erfahrungen insgesamt? Also wie stehen wir selber mit unseren eigenen Betrieben da? Es bringt, wie gesagt, nichts, wenn wir das in den Straßen in der Erde verbuddeln, aber in den Wohnungen davon nichts ankommt. Daher mal die Frage, ob der Senat eine Übersicht hat, wie die Ausbauquoten und Anschlussquoten intern direkt in den Häusern sind, bei den Wohnungsbaugesellschaften, die uns gehören und wo wir noch Nachschärfen können. Das würde mich ganz besonders interessieren.

Vorsitzender Olaf Schenk: Vielen Dank, Herr Schaal! – Als Nächster Herr Schwarze, bitte!

Julian Schwarze (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich hätte noch eine Nachfrage zu der Aufteilung der Gebiete. Ich bin nicht sicher, ob ich das richtig verstanden habe, und ich muss auch zugeben, das ist nicht mein Spezialthema, aber aus dem Vortrag von Herrn Konen und der Senatorin vorhin ergab sich für mich die Frage, ob geklärt ist, dass Gebiete vom Ausbau her aufgeteilt sind oder theoretisch denkbar ist: ein Gebiet, drei Unternehmen kommen gleichzeitig hin und wollen dort das Glasfasernetz ausbauen, in gegenseitiger Konkurrenz zueinander. Oder ist das entsprechend der Karte und dem Monitor, den Sie genannt haben, wo dann für grob einsortierte Gebiete wiederum Firmen genannt sind, adressscharf geregelt, wer wo ist? Das ist die eine Nachfrage.

Die zweite Nachfrage, weil Sie gerade schilderten, dass es Ziel der Telekom ist, Glasfaser in Berlin voranzubringen, und Sie die Zahl von, ich glaube, zwei Millionen Anschlüssen nann-

ten: Das schließt sich so ein bisschen daran an. Wir haben zwei Millionen Wohneinheiten. Natürlich kommen noch Gewerbe und andere hinzu. Aber bedeutet das, dass Sie dann quasi in Kooperation die Technik vor Ort, dann quasi den Anschluss für Endabnehmer/-innen anbieten oder selber das Kabel gelegt haben? Das wäre noch das.

Und abschließend, da ebenso geschildert wurde, dass es Probleme gibt, teils dann in die Wohnung hineinzugehen, weil die Eigentümerseite nicht mitmacht: Ist mal geprüft worden, inwiefern es im Mietspiegel ein mietminderndes Merkmal werden könnte, wenn kein Glasfaserausbaubau besteht und es dementsprechend einen Anreiz gäbe, den Standard herzustellen, und ansonsten eine Mietminderung oder eine Abwertung in der Preisspanne erfolgen könnte?

Vorsitzender Olaf Schenk: Vielen Dank, Herr Schwarze! – Damit ist die Redeliste abgearbeitet, und wir kommen zu den Antworten. Ich schlage vor, wieder mit Herrn Igel anzufangen.

Bezirksbürgermeister Oliver Igel (BA Treptow-Köpenick): Vielen herzlichen Dank für die Fragen! – Ich beginne in der Reihenfolge der Redner und Rednerinnen. – Herr Wapler! Wir haben Hindernisse im Genehmigungsverfahren insofern, dass es durchaus immer wieder Diskussionen gab, in welcher Art und Weise und wo genau ausgebaut wird, wo genau die Straßen, am besten noch Kreuzungen in Anspruch genommen werden oder nicht. Darüber gibt es natürlich Diskussionen, weil wir die Eingriffe in den Verkehr so gering wie möglich halten wollen. Auch über die Art und Weise des Bauverfahrens gibt es immer wieder Diskussionen, offene Bauweise, geschlossene Bauweise. Da steht, ich habe es vorhin angedeutet, natürlich ein Stück weit immer die Sorge der Straßen- und Grünflächenämter dahinter: Habe ich danach noch ein bisschen Spaß an der ehemaligen Baustelle? – Natürlich möchte man erreichen, dass keine Schäden auftreten. Ich sage natürlich immer zu allen Telekommunikationsunternehmen, wenn sie uns die Straßen und Gehwege im besseren Zustand zurücklassen als vorher, dann sind sie sehr gerne gesehen. Das wird wohl auch nicht immer passieren, aber wir wollen eben das Gegenteil nicht. Da gibt es durchaus Diskussionen: Wie wird gebaut? An welcher Stelle wird gebaut? – Das Ziel muss erreicht werden. Daran haben natürlich auch Unternehmen, gerade die dahinter stehenden Baufirmen, ein Interesse, so wenig Aufwand wie möglich zu betreiben, und da gibt es nicht immer eine Übereinstimmung der Interessen. Das muss man einfach sagen, und das muss man dann eben auch ein Stück weit aushalten.

Vielen Dank, Herr Wapler, für die Frage: Was wollen wir denn noch? – Ich habe jetzt lange überlegt, welche Forderungen ich noch an den Senat stellen könnte. Es hat jetzt keinen Sinn, nach mehr Personal an der Stelle zu rufen. Wir haben das lange diskutiert. Wir haben unsere Forderungen aufgestellt. Wir haben sie nicht zu 100 Prozent erfüllt bekommen, was das Personal betrifft, aber das Personal ist finanziert und angekommen. In Berlin dürfen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bezirksämtern immer auch besser bezahlt werden, also da geht immer noch was. Aber darüber hinaus würde ich jetzt keine Forderungen aufstellen.

Das Thema Überbau ist ein heißes Thema. Dazu wird sicherlich Herr Konen von der Deutschen Telekom etwas sagen, der Überbauweltmeister sozusagen, vielleicht, vielleicht auch nicht. Was habe ich bei uns erlebt? – Ich war froh, dass sich für wesentliche Teile unseres Bezirks überhaupt Firmen gefunden haben, die einen Ortsteil für sich erschließen wollen. Wir haben durchaus bemerkt, dass die Unternehmen auch miteinander kommunizieren und dass jetzt nicht zwingend ist, wenn ein Unternehmen weiß, da ist Unternehmen X, dann setzt man

sich nicht unbedingt sofort auch noch rauf. Es ist angedeutet worden, dahinter stehen am Ende auch Notwendigkeiten, für die Finanzierung dieses Ausbaus den einen oder anderen Vertrag abzuschließen. Das wird nicht funktionieren, wenn zwei, drei, vier Unternehmen vier Glasfaserleitungen legen und dann viermal um Kunden ringen. Das reguliert sich an dieser Stelle durchaus ein Stück, aber theoretisch ist es möglich, dass alle Unternehmen in dem Bereich überall auch noch mal bauen. Ja, das ist möglich, das wird nicht eingeschränkt. Vorhin hat jemand was von 200 Unternehmen gesagt. Da habe ich ein bisschen Herzklopfen bekommen, also 200 Mal den Akeleiweg aufbuddeln, das wäre nicht schön. Es ist theoretisch möglich, aber wirtschaftlich wird das nicht gemacht werden. Es wird sicherlich so sein, dass das Kupferkabel irgendwann komplett ersetzt werden wird. Wenn wir jetzt also Unternehmen haben, die erstmals in die Erde gehen, dann wird es auch ein Unternehmen geben, das wahrscheinlich ein letztes Mal was ersetzen wird. Das kann man dann Überbau nennen, und das ist dann auch Überbau. Aber aus meiner Sicht hat es noch nicht die Dramatik erreicht, dass wir jetzt darüber klagen müssen.

Wir müssen das Thema im Blick haben. Ich finde es auch richtig, Unternehmen darauf hinzuweisen, bevor du da noch dieses Feld erschließt, wäre es doch schön, sich mal die nur über Brandenburg erreichbare Siedlung Schmöckwitzer Werder vorzunehmen. Ja, das wäre etwas. Das ist auch der Punkt, den wir immer einbringen, dass wir das den Unternehmen entsprechend mitteilen, wo auch wir Bedarfe sehen, wo auch wir die Notwendigkeiten sehen, stärker sozusagen in Gebiete zu gehen. Wir hatten bei uns auch Unternehmen, die sich beispielsweise auf den ländlichen Raum konzentriert haben. Also es sind deutschlandweit Unternehmen, die eben eher in Dörfern bauen, und die haben sich bei uns auch eher diese Gegenden ausgesucht, und da war dann eben noch nicht ein anderes Unternehmen. Dann passt es auch.

Es ist richtig, dass der Senat nach einer gewissen Zeit der Beobachtung, wo jetzt die Unternehmen unterwegs sind, auch erkannt hat, es wird wahrscheinlich nicht flächendeckend geschehen, und es wird neben dem marktgetriebenen Ausbau auch ein geförderter Ausbau notwendig sein. Die Frau Senatorin hatte die beiden Gebiete, und es sind große Gebiete bei uns, genannt, Köpenick mit Schmöckwitz beispielsweise. Das waren auch die Gebiete, bei denen wir bereits erkannt haben, dass dort die Nachfrage von Unternehmen gering ist. Wenn es da noch weiteren Bedarf geben sollte, dann werden wir das merken. Das Ziel ist, bis 2028 soll das abgeschlossen sein. Das heißt, wir werden in bereits absehbarer Zeit sehen, ob das Ziel erreichbar sein wird, und dann wird gegebenenfalls noch einmal darüber diskutiert werden müssen, ob eine weitere Förderung notwendig ist oder ob das auf diese Art und Weise abgeschlossen werden kann.

Frau Wolff hatte die Zusammenarbeit mit Brandenburg erwähnt. Genau das war auch immer unser Ansatz, wenn wir erkannt haben, na ja, in bestimmten Regionen der Grenze zwischen Berlin und Brandenburg wird eben auch auf unserer Seite nicht unbedingt ausgebaut. Dann habe ich die Unternehmen immer in Gesprächen gefragt: Na, seid ihr auch irgendwo in Nachbarstädten oder Gemeinden unterwegs? Kann man nicht von beiden Seiten schauen? – Umgekehrt natürlich genauso, die Unternehmen, die bei uns an der Landesgrenze zu Brandenburg unterwegs sind, können auch in Richtung Brandenburg schauen, ob sich da Synergieeffekte ergeben. Wir haben eine Vielzahl von Straßen, die länderübergreifend sind und wo der Ausbau aus meiner Sicht auch länderübergreifend laufen sollte, um da mögliche Belastungen gering zu halten.

Herr Schaal! Sie haben die Zusammenarbeit mit den landeseigenen Wohnungsgesellschaften angesprochen. Ich bin mit den Unternehmen, aber auch mit den Wohnungsbaugenossenschaften im Gespräch, denn es hat mich interessiert, welche Auffassung sie haben. Natürlich wollen die Unternehmen nicht, dass sie 200 Unternehmen im Haus haben, die da bauen. Das kann ich auch nachvollziehen. Ich habe vernommen, dass die Unternehmen unterschiedliche Strategien entwickelt haben, von der Strategie, im Rahmen einer Ausschreibung ein Unternehmen auszuwählen, das in ihren Häusern ausbaut, bis dahin, dass Unternehmen, ich glaube, sogar landeseigene Unternehmen gesagt haben, wir machen das selbst, wir beauftragen in unseren Miethäusern selbst den Ausbau in den Wohnungen, und dann wird das eben bis zum Haus gemacht, und dann ist es unsere Hoheit. Ich finde beides in Ordnung, Hauptsache, es wird was gemacht und nicht einfach liegengelassen. Sozusagen alle drum herum bauen, bauen, bauen, und dann, wie es hier schon angedeutet wird, ist aber der letzte Meter irgendwie nicht möglich, das kann es nicht sein. Deswegen ist Ihre Forderung, die so in der Frage stand, die müssen sich mal darum kümmern und mit dem Thema beschäftigen, völlig richtig. Da ist aus meiner Sicht nicht entscheidend, zu welchem Ergebnis sie kommen, aber dass sie zu einem Ergebnis kommen, dass die Mieterinnen und Mieter in ihren Wohnungen dann eben auch diese Technik nutzen können. Da sollte jedes Unternehmen eine entsprechende Antwort finden.

Herr Schwarze! Ich glaube, bei Ihnen gab es keine Frage an mich, das ging eher an Herrn Konen. – Danke schön!

Matthias Konen (Deutsche Telekom AG): Vielen Dank! – Ich sage einleitend etwas zum Thema Überbau beziehungsweise kann beim Thema Überbau Entwarnung geben. Die Bundesnetzagentur hat 2022 auf Betreiben der Wettbewerber hin eine Monitoringstelle eingerichtet, um zu schauen: Wo wird überbaut? Ist das wettbewerbswidrig, ja oder nein? – Diese Monitoringstelle wurde im Juni dieses Jahres mit der Begründung geschlossen, es wurde kein wettbewerbswidriges Verhalten festgestellt, weder durch uns, durch die Telekom, noch durch andere Wettbewerber. Die Aufteilung, welches Unternehmen deutschlandweit Überbau betrieben hat, ist ungefähr fifty-fifty, also die Deutsche Telekom und die anderen Wettbewerber auf der anderen Seite. Interessanter wird es, wenn man über die Zahlen spricht. Man kann in Deutschland davon ausgehen, dass es über 10 000 Ausbauprojekte im Bereich Glasfaser gibt. Von den gemeldeten Fällen waren es am Ende 500, die der Monitoringstelle vorlagen. Auf Berlin entfällt davon sage und schreibe 1 Prozent, also ist das für Berlin kein Thema. Die Straßen werden auch nicht aufgerissen, die werden auch wieder ordentlich geschlossen. Diese Thematik ist vonseiten der Bundesnetzagentur abgeräumt worden und spielt in der aktuellen Diskussion im TK-Markt keine Rolle mehr, war aber in der Tat mal ein heißes Eisen, aber das ist nicht mehr der Fall.

Frau Wolff, Sie hatten zum Thema Mobilfunk gesprochen. Über die Situation in Köpenick habe ich schon mit Herrn Igel und Herrn Sattelkau gesprochen. Man muss halt verstehen, dass Vorhaben, einen Mobilfunkmast zu errichten oder ihn auch weiter betreiben zu dürfen, immer Multi-Stakeholder-Projekte sind. Wir haben als regelmäßig ausgezeichnetester Netzanbieter in Deutschland natürlich ein Interesse daran, dass es auch so bleibt. Natürlich haben wir ein Interesse an Vollversorgung. Allerdings ist es auch so, dass man Pachtverträge verlängern muss, dass man überhaupt Zugang zu einem Grundstück haben kann, dass man die Stromversorgung dorthin bekommt. Und wenn Sie an diesem Punkt sind, dann ist es nicht mehr nur die Telekom oder das Unternehmen, das den Mobilfunkmast baut, sondern drei, vier, fünf, sechs, sieben Stakeholder. Wenn auch nur einer, aus welchem Grund auch immer, Nein sagt, dann

geht es halt nicht weiter. Wir haben entlang der S3, auch wenn wir sehr intensiv daran arbeiten – die Kollegen können ein Lied davon singen, wenn es ein Glied in der Kette gibt, das nicht mitmacht –, leider hier und da Versorgungslücken. Ich kann aus unserer Warte sagen, an uns liegt es nicht, wir wollen das, wir können das um Jahre zurückverfolgen. Aber wie gesagt, das sind halt große, komplexe Projekte. Ich verstehe den Unmut darüber, ich wohne da selber, aber da müssen alle auf einer Seite sein, sonst kann sich da leider nichts bewegen, aber auch da sind wir im intensiven Austausch mit den entsprechenden Grundstückseigentümern und den zuständigen Behörden.

Dann wurde danach gefragt, welche Regulierung wir uns vielleicht noch wünschen würden. Zunächst einmal möchte ich sagen, dass Berlin Vorreiter beim sogenannten überragenden öffentlichen Interesse für den Glasfasermobilfunkausbau war, was dazu führt, dass man, wenn man möchte, bei der Genehmigungslage glasfasermobilfunkbezogenen Anträgen den Vorzug geben kann. Das hatte erst Berlin, und dann hatte das der Bund. Insofern wurde hier schon einiges getan.

Dann komme ich direkt zum nächsten Punkt. Wenn wir über das Thema Regulierung sprechen wollen, dann geht es in der Tat darum: Wie kommen wir in die Wohnungen hinein? Wie schaffen wir Vollausbau? – Es ist letztlich auch so, wie es Herr Igel gerade geschildert hat, es gibt Unternehmen oder Wohnungswirtschaften, die eigene Modelle haben oder sich nicht auf das Angehen des Telekommunikationsunternehmens einlassen wollen. Wie gesagt, das hat verschiedene Gründe, aber es hat in einigen Fällen auch ganz handfeste wirtschaftliche Gründe, dass dort bereits bestehende Kooperationsverträge mit anderen Anbietern existieren, die nicht selten über ein Kabelnetz verfügen, also ebenfalls eine nicht ganz neue Technologie, und eben, solange es geht, bei diesen Modellen bleiben möchten, weil die eben so erträglich sind. Da dieser Umstand so ist, wenn man etwas in die Geschichte zurückschaut, deswegen wurde auch das sogenannte Nebenkostenprivileg abgeschafft, dass die Eigentümer bzw. die Vermieter immer wieder die Kosten für die Fernsehkabel umlegen können, die eigentlich schon seit Jahrzehnten abbezahlt sind. Das ist der ganze Komplex, der dahinter steckt, was natürlich für den Mieter sehr unbefriedigend ist, weil es am Ende vom Tag bedeutet, ich habe ein Glasfaserkabel vor der Tür, aber ich kann es nicht haben, weil meine Wohnungswirtschaft, der Vermieter oder der Eigentümer einfach nicht will, dass das hier ausgebaut wird. Einige wollen es selber ausbauen, und das tun auch einige, aber wenn man sich anschaut, wann sie das vorhaben, reden wir hier teilweise von Ankündigungen für 2040, und da wollen wir eigentlich schon längst fertig sein. Dann kann man sich auch die Frage stellen, wie sinnvoll diese Ausbauprojekte sind, wenn man sie so weit nach hinten schiebt.

Dann wurde nach der Gebietsaufteilung gefragt, was den Glasfaserausbau angeht. Das ist ein Thema, das mehrere Einflussfaktoren hat. Es geht natürlich einmal darum, wie gerade die Ressourcenlage ist, was verfügbar ist und welcher Ausbaupartner gerade wohin kann. Natürlich ist es dann nicht so, dass wir nur in einen Bezirk, in einen Ortsteil fahren, um eine Straße zu machen. Es ist wirtschaftlicher, wenn wir möglichst viele auf einmal machen können. Das hängt dann wiederum mit der Genehmigungslage zusammen: Können wir in diese Straße und in diese nicht? – Es ist in Berlin häufig so, dass wir jede Straße einzeln beantragen müssen. Es ist nicht so, dass wir uns hinsetzen und sagen, in dem Bezirk machen wir aber zuletzt, weil ich den anderen schöner finde, das ist ein Zusammenspiel von mehreren Faktoren. Gleichwohl schaut man natürlich darauf, wo sich der Ausbau am meisten lohnt. Das ist eigenwirtschaftlicher Ausbau, da werden sehr hohe Beträge mit einem Return of Invest über Jahrzehnte inves-

tiert. Insofern ist es, glaube ich, nachvollziehbar, dass man dort anfängt, wo es sich – in Anführungszeichen – am meisten lohnt, mit der Ausnahme von Förderprojekten. Die sind ja dann anders finanziert.

Ob es da Absprachen untereinander gibt, welches Unternehmen wo aufbaut? – Die gibt es nicht, denn sonst gäbe es, glaube ich, keinen Überbau. Erlauben Sie mir da den Vergleich, Aldi und Lidl sprechen sich auch nicht ab, wer wo einen Markt aufbaut! – Das wäre es. – Danke!

Vorsitzender Olaf Schenk: Vielen Dank! – Als Nächste Frau Wolff! – Sie hatten eine Nachfrage.

Dunja Wolff (SPD): Vielen Dank! – Ich dachte, ich höre vorher noch die Senatsverwaltung. Dann frage ich das trotzdem noch mal nach, weil jetzt davon gesprochen worden ist, wie das auf Mieterinnen oder Mieter umgelegt werden könnte. Was ist eigentlich, wenn ich überhaupt keinen Glasfaseranschluss in Zukunft bekommen könnte oder überhaupt da dran bin? Welche Nachteile habe ich dadurch? – Ich weiß es nicht. Wir haben ja davon gesprochen, dass wir damit erfolgreich sind und Medien und wer nicht alles. Ist das nicht mittlerweile eine Daseinsvorsorge, wenn ich sage, ich muss eigentlich angeschlossen sein, um bestimmte Dinge, die mich überhaupt noch erreichen müssen, zu tun? Also das ist jetzt die Frage: Es kann auch passieren, wenn dieser Ausbau bis in die Wohnung nicht stattfindet, dass jemand wirklich benachteiligt ist, dass jetzt wirklich jemand entweder gewisse Sender nicht mehr bekommt oder telefonisch ein großes Problem hat und so weiter. Also ich rede wirklich davon, was eben passiert, wenn jemand nicht diese Anschlüsse bekommt. Ich übertreibe es jetzt mit Absicht, aber das kann es ja geben, wir sind ja noch nicht überall angeschlossen.

Vorsitzender Olaf Schenk: Vielen Dank! – Dann noch Herr Wapler.

Christoph Wapler (GRÜNE): Jetzt kommen die zwei angekündigten Fragen an den Senat. Einmal natürlich das Ziel, flächendeckende Glasfaserversorgung bis 2028, schaffen wir das? Ist das realistisch? Was braucht es dafür? Die Frage ist natürlich auch: Wir haben jetzt einen Bezirk gehört, wie sieht die Landesebene, wie sieht der Senat die Handhabung in den Bezirken insgesamt? Gibt es da eine einheitliche Genehmigungspraxis und Verfahren, oder braucht es da noch eine gesamtstädtische Steuerung, und wenn ja, wie sieht die aus?

Da eigenwirtschaftlicher Ausbau ja heißt, dass die Unternehmen priorisieren und nicht die Politik, stellt sich dann die Frage nach der Förderung. Ich weiß nicht, ob diese Weiße-Flecken-Förderung – bis jetzt waren es graue Flecken –, ob diese Idee jetzt ganz neu ist. Es gab auch immer mal die Idee mit Bundesförderung. Vielleicht können Sie da noch mal sagen, wie sich das zueinander verhält.

Die letzte Frage ist die – das hatte Herr Kollege Schaal auch angesprochen – nach den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und dem Glasfaseranschluss bis zur Wohnungstür. Wie ist da Ihre Beobachtung der Lage? Wie ist da die Anschlussquote bei den Landeseigenen, und welche Gespräche werden da mit den Vorständen oder wem auch immer geführt, um da Hindernisse zu beseitigen?

Vorsitzender Olaf Schenk: Dann erteile ich jetzt dem Senat das Wort.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! – Erst einmal vielen Dank für die vielen Fragen! – Ich beginne mal der Reihe nach.

Frau Wolff fragte nach der Vorbereitung der Situation bei Stromausfällen, wie wir da vorgehen. Da haben uns natürlich die Ereignisse jetzt im September auch noch mal ein bisschen Anleitung gegeben, wie die Krisensituationen dann am Ende zu bewältigen sind und welche Vorkehrungen zu treffen sind. Wir sind mit den Telekommunikationsunternehmen dazu auch im Austausch, wie wir da in Zukunft weitermachen. Aber klar ist natürlich auch, wenn der Strom weg ist, dann gehen viele andere Dinge auch nicht mehr, und dazu gehört eben zu großen Teilen auch der entsprechende digitale Anschluss, und insofern sagen wir da allen, dass auch eine private Resilienzvorsorge, gerade bei Unternehmen, ein wichtiges Thema ist. Das

werden wir morgen auch im Senat besprechen, welche Lehren wir aus diesen Vorgängen ziehen, und dazu gehört auch, dass eine Resilienzvorsorge, insbesondere was beispielsweise Batteriespeicher angeht, ein Thema ist, das natürlich dann für viele Lebensbereiche auch hilfreich und sinnvoll ist.

Dann hatten Herr Schwarze und Herr Wapler im Prinzip nach der Abdeckung, den weiteren weißen Flecken und dem Umgang mit grauen Flecken auf der Landkarte gefragt. Wir haben uns mit diesem Thema in den letzten Jahren sehr intensiv auseinandergesetzt, und die erste Erkenntnis ist, dass es natürlich zunächst sinnvoll gewesen ist, den marktgetriebenen Ausbau durch die Unternehmen voranzubringen. Wären wir schon vor mehreren Jahren mit öffentlichen Mitteln hier eingestiegen, hätten wir teilweise überkompensiert, was die Unternehmen aus eigenem Antrieb heraus getan hätten. Insofern ist es klug gewesen, hier auch noch einen Moment abzuwarten. Das ist eben auch der Unterschied zwischen Stadtstaaten und Flächenländern, dass das häufig einfach für die Unternehmen in den Flächenländern nicht wirtschaftlich gewesen ist, einige Bereiche auszubauen.

Jetzt sind wir an dem Punkt angekommen, auch mit Blick auf die Bauleistungen der Unternehmen, das ist ja auch ein limitierender Faktor am Ende, in die Erkenntnis zu kommen, dass wir abgeglichen haben und auch durch Studien im Hintergrund eine Markterkundung entwickelt haben, in welchen Teilen der Stadt dann auch in Zukunft kein marktgetriebener Ausbau durch die Unternehmen überhaupt zu erwarten ist. Wir haben uns dabei vor allem auf die Randbezirke konzentriert oder die Stadtteile in den Bezirken, die außerhalb des S-Bahn-Rings liegen, weil wir erst mal in der Grundannahme davon ausgegangen sind, dass alles, was innerhalb des S-Bahn-Rings stattfindet, am Ende zu einem gewissen Zeitpunkt auch marktgetrieben zu erreichen ist. Da haben uns auch die Unternehmen im Wesentlichen nicht widersprochen. Deswegen war der Fokus auf den Gebieten außerhalb, und da haben wir die Regionen identifiziert, wo wir unter anderem mit der dünnsten Besiedelung unterwegs gewesen sind, wo wir davon ausgegangen sind, dass die Unternehmen auch tatsächlich keinen Ausbau voranbringen. Wir haben jetzt für die kommenden Haushaltsjahre an Landesmitteln noch mal 10 bis 11 Millionen Euro vorgesehen. Das Bundesförderprogramm zum Gigabit-Ausbau, zum Glasfaserausbau, deckt die weiteren 50 Prozent dazu, sodass wir mit den gerade beschriebenen Gebieten ungefähr 20 Millionen Euro an öffentlichen Mitteln in den kommenden zwei bis drei Jahren investieren werden, um eben auch diese weißen Flecken zu schließen, und das zählt auf das 2028er-Ziel des vollständigen Ausbaus mit Glasfaser auch ein.

Dann wurde nach der Genehmigungspraxis gefragt, das ist ja gerade schon dargestellt worden. Wir waren die Ersten, die ein vordigitalisiertes Verfahren hier mit den Bezirken durchführen. Wir stellen den Bezirken über die Zielvereinbarungen Personalmittel zur Verfügung, sodass hier auch eingestellt wird. Aber natürlich ist die Umsetzungspraxis in den Bezirken teilweise auch etwas unterschiedlich, und da haben wir einige, bei denen es etwas schneller geht, und andere, bei denen die Einstellungsverfahren nicht ganz so schnell gelaufen sind, und bei denen laufen auch die Genehmigungsverfahren nicht immer ganz so schnell. Ein Bezirk, mit dem wir sehr eng kooperieren, der hat das ja gerade dargestellt, in Treptow-Köpenick läuft das – das kann man, glaube ich, hier auch sagen –, sehr gut.

Dann gab es die Frage nach den landeseigenen Wohnungsunternehmen und wie es da weitergeht. Wir erkennen auf jeden Fall, dass es im Immobilienmarkt ein Qualitätsmerkmal ist, in Zukunft einen Glasfaserausbau vorzuhalten, und wenn der sozusagen vor der Tür stattfindet,

dann nehmen das die Menschen, die in den Wohnungen leben, ja auch wahr. Insofern ist die Anforderung daran, dass der dann auch bald im Haus ist, schon relativ groß. Das kommt auch bei uns an. Es ist aber noch nicht an dem Zeitpunkt, dass wir sagen könnten – das ist ja gerade beschrieben worden, wir haben innerhalb kürzester Zeit den Glasfaserausbau einmal von 9 Prozent auf 40 Prozent erhöht –, dass an jedem Gebäude schon der Glasfaseranbau angekommen ist. Deswegen ist der Fokus jetzt erst mal vor allem darauf, eine vollständige Glasfaserabdeckung zu bekommen. Mit den Landeseigenen sind wir jetzt aber auch im Gespräch, dass wir vorantreiben, dass überall da, wo wir einen Glasfaseranschluss haben, der natürlich auch bei den Mieterinnen und Mietern am Ende ankommt. Um aber da im Mietrecht vorzugehen, an dem Punkt sind wir definitiv noch nicht, dafür muss der Ausbau in Zukunft noch weitergehen.

Zu guter Letzt noch zwei Punkte, die an das anschließen, was Frau Wolff vorhin gesagt hat: Was fehlt den Menschen denn eigentlich, wenn man keinen Glasfaserausbau hat? – Heute ist es so, dass es für viele Unternehmen und einige der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in hochtechnischen Berufen arbeiten, eine Grundvoraussetzung ist, mit Glasfaser zu agieren. In vielen Bereichen des normalen privaten Lebens sind aber auch andere Anschlüsse, ob das Kupfer-, Koaxialkabel sind, für die Bedürfnisse, die hier entstehen, völlig ausreichend. Es wird aber in Zukunft so sein, dass auch für andere Bedürfnisse Glasfaser essenziell ist. Deswegen sind wir, bei dem, was wir heute tun, im Prinzip schon so weit, dass wir sagen: Das muss in drei, vier Jahren auch tatsächlich gewährleistet sein, dass wir dann den Glasfaserausbau hinbekommen haben und dass das dann auch die normalen alltäglichen Bedürfnisse, die Anliegen befriedigt.

Das verbindet sich ein bisschen mit dem Punkt: Wie ist das eigentlich mit der 5G- und 6G-Abdeckung im Land? Denn wir haben einerseits Glasfaser stationär, aber auch dann die Frage, wie die Funkabdeckung hier im Land ist. Da sehen wir, dass die Volumina an Daten, die täglich abgefragt werden, in den vergangenen Jahren erheblich steigen, man kann fast von einer Verdopplung des Datenvolumens im Jahr sprechen, und das führt dazu, dass es nicht nur darum geht, bei der 5G-Abdeckung weiße Flecken auf der Landkarte zu bedienen, sondern dass wir im nächsten Schritt auch sehr intensiv darüber reden müssen, wie wir eigentlich die Datenvolumina bei den Gebieten, bei denen wir schon eine Abdeckung haben, so dargestellt bekommen, dass auch in Zukunft, wenn viele Menschen an Orten zusammenkommen, wir weiterhin eine hohe Qualität an Versorgung über digitale Daten und 5G und in Zukunft 6G abdecken können, und das bedeutet, wir müssen auch verstärken, wir müssen die Funkzellen, Funkmasten verstärken. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir möglichst schnell auch dezentrale Funkstellen, beispielsweise an Laternen und Ähnlichem, voranbringen, und sind da auch im intensiven Austausch mit den Telekommunikationsanbietern. Denn das ist im städtischen Gebiet tatsächlich noch mal eine ganz andere Herausforderung als im ländlichen Raum. Wir müssen uns sehr viele Gedanken darüber machen, wie wir die Datenqualität und die Datenvolumina in Zukunft absichern, ganz neben der Frage, wie wir den Ausbau in der Breite voranbringen. – Ich hoffe, somit alle Fragen beantwortet zu haben, und stehe natürlich für weitere zur Verfügung.

Vorsitzender Olaf Schenk: Vielen Dank, Herr Dr. Fischer! – Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen, keine weiteren Fragen. – Von daher schlage ich vor, dass wir den Tagesordnungspunkt 2 entsprechend der Praxis in diesem Ausschuss vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann. Können wir darüber Einvernehmen erzielen? – Das

sehe ich, dann verfahren wir so, und der Punkt 2 wird vertagt. – Ich möchte mich ganz herzlich bei den Anzuhörenden bedanken, die sich die Zeit genommen haben, an der Sitzung teilzunehmen, und unsere Fragen so umfassend beantwortet haben! Vielen Dank!

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2489
Planungssicherheit für einen zentralen Festplatz

[0255](#)
WiEnBe(f)
StadtWohn

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Zukunft des Berliner Handwerks
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0145](#)
WiEnBe

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Handwerk als Vorreiter für Nachhaltigkeit und Klimaschutz
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0126](#)
WiEnBe

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 01.07.2024

Der **Ausschuss** schließt die Besprechungen ohne Aussprache ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.